

Frage des Tages

Kann Macron die Schliessung des AKW Fessenheim durchsetzen?

Frankreichs Staatspräsident will das AKW Fessenheim im Jahr 2020 schliessen. Wird ihm das gelingen? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Würden Sie sich in einer Apotheke impfen lassen?



Der FDP-Regierungsrat muss für das Demo-Wochenende Schelte einstecken – doch er hat alles richtig gemacht Die Kritik an Baschi Dürr ist unberechtigt

Von Joël Hoffmann



Regierungsrat über Facebook den SRF2-Kultur-Radio-Redaktionsleiter, der zuvor in einem offenen Brief Baschi Dürr verbal angegangen hat. Ja, was zum Kuckuck ist denn nur passiert? Die Polizei hat ein Wochenende mit mehreren Demonstrationen und dem Basler Stadtlauf derart gut gemeistert, dass der Normalbürger in der Regel vom Extremisten-Auflauf verschont blieb. Einen Saubannerzug gab es ebenso wenig wie Hetzjagden zwischen Links- und Rechtsextremen.

Dem Basler Kulturjournalisten Keller platzte dennoch der Kragen ob der Tatsache, dass Dürr die Demonstration der Neo-Nazis überhaupt bewilligt hatte. Der offene Brief auf Facebook, der unterdessen von Keller wieder

gelöscht wurde, hat Dürrs Parteikollegen, den Vizepräsidenten Daniel Seiler auf den Plan gerufen, der jeweils dann via Twitter loszieht, wenn sein Regierungsrat gescholten wird: «Ja, ich habe mich auch über den Helikopter geärgert, aber wenn ein SRF-Journalist so einen unqualifizierten Beitrag schreibt, die Antifa als Zivilgesellschaft bezeichnet und auf den Mann spielt, dann ist das bedenklich!»

Bedenklich ist auch, dass Keller nicht der einzige Journalist ist, der journalistische Distanz vermissen liess und die Ereignisse durch die Augen eines Aktivisten beurteilte. Was bei Keller jedoch schwer wiegt: Er hat als Kader eine Vorbildfunktion und unterrichtet auch Journalisten. Und wenn als Journalisten getarnte Aktivisten Demonstrationen gleichgesinnter begleiten, einseitig wahrnehmen und sodann den Polizeivorsteher in die Mangel nehmen, dann schaden sie unserem Berufsstand.

Das sah wohl auch Kellers Vorgesetzte Barbara Gysi so. Die Programmleiterin von Radio SRF2 Kultur teilt der BaZ auf Anfrage unmissverständlich mit, dass SRF-Journalisten

selbstverständlich das Recht auf eine eigene, private Meinung hätten, aber: «Allerdings verlangen die publizistischen Leitlinien von SRF-Journalistinnen und -Journalisten Zurückhaltung bei Äusserungen zu politischen Themen in der Öffentlichkeit.» Besonders

Aus Sicht des normalen Bürgers hat die Basler Polizei ihre Aufgabe rundum erfüllt.

gelte das bei Themen, über die ein Mitarbeiter auch selber berichtet. Und: «Christoph Keller hat somit gegen die SRF-Leitlinien verstossen.»

Solchen Angriffen und kritischen Fragen stellte sich Dürr souverän und mit klaren Aussagen: «In der Schweiz kennen wir die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Wir als Polizei können daher nicht einfach eine Kundgebung verbieten, nur weil wir befürchten, dass es zu schwierigen Situationen mit Gegendemonstranten kommen könnte. Wir müssen immer abwägen zwischen dem Recht auf freie



Mit Hut an der Demo. Polizeivorsteher Baschi Dürr (FDP) war am Samstag selber vor Ort. Foto Martin Regenass

Meinungsausserung und dem Versammlungsrecht einerseits und der öffentlichen Ordnung andererseits», sagte er ebenfalls im Radio, und er musste diese grundlegende Antwort immer wieder wiederholen.

Und Dürr hat recht: In einer Demokratie müssen auch braune Gestalten demonstrieren dürfen, so wie auch andere gegen sie auf die Strasse treten können. Die Polizei liess sogar die illegale Gegendemo zu. Dürr lebt den Grundsatz der Meinungsfreiheit grosszügiger vor, als dies andere Polizeivorsteher angesichts des Stadtlaufs wohl getan hätten. Die Polizei hat im Vorfeld klar kommuniziert, dass sie auch mit Ausschreitungen rechnen müsse. Sie war mit einem Grossaufgebot vor Ort und hat Wort gehalten: Alle, die wollten, durften demonstrieren, und die Läufer konnten unbehelligt durch die Stadt rennen. Einzig der Tramverkehr war zeitweise etwas behindert. Aus Sicht des normalen Bürgers hat die Polizei ihre Aufgabe rundum erfüllt.

Unschön war, dass zwei Demonstranten beim Gummischroteinsatz verletzt wurden. Aber wenn Steine auf Polizisten fliegen, muss die Polizei reagieren. War der Miteinsatz dennoch unverhältnismässig? Das wird nun wegen einer Anzeige abgeklärt. Klar bleibt: Die Kritik an Dürr ist unbegründet.

joel.hoffmann@baz.ch



Weichenstellung in der Energiewende. Emmanuel Macron will AKW Fessenheim in zwei Jahren schliessen. Foto Keystone

Neuer Termin für Schliessung von Fessenheim: Sommer 2020

Emmanuel Macron verspricht und wirft Fragen nach der Glaubhaftigkeit auf

Von Rudolf Balmer, Paris

Man hatte Emmanuel Macron auf der Strasse lautstark aufgefordert, in seiner Energiepolitik etwas konkreter zu werden. Der französische Staatspräsident liess sich nicht lange bitten. In einer Rede zur Energiewende und der damit verbundenen Weichenstellung hat er gestern seine Methoden erklärt und neue Termine genannt. So soll die Stilllegung des ältesten AKW, nämlich die Anlage im elsässischen Fessenheim mit seinen zwei Reaktoren, im «Sommer 2020» beginnen.

Ist diese Frist dieses Mal glaubhaft? Die Frage stellt man sich nicht nur in Frankreich, sondern auch in der Nachbarschaft in der Schweiz und Süddeutschland, wo die mehrfach nach Pannen revidierten Reaktoren jenseits der Grenze ein Grund zu Besorgnis darstellen. Regelmässig haben sich kantonale Behörden und selbst Bundesräte in Paris erkundigt, wie es denn wirklich mit der wiederholt angekündigten Schliessung stehe. Diese war schon ein

Wahlversprechen von Macrons Vorgänger François Hollande gewesen. Der wollte in Fessenheim die Stromproduktion zuerst 2017 einstellen, dann 2019, kam aber nicht mehr dazu.

Andere Hollande-Versprechen

Macron möchte nun doch noch – allerdings mit entsprechend viel Verzug – vollbringen, was Hollande aus technischen Schwierigkeiten, Kostengründen oder lokalpolitischen Widerständen verschieben musste. Auch ein anderes Versprechen der Hollande-Epoche, den Anteil der Atomenergie bei der Stromproduktion auf 50 Prozent zu reduzieren, möchte sich Macron zu eigen machen; er nennt dafür das Stichjahr 2035. Überhaupt sei er kein prinzipieller Gegner der Kernenergie; er sei ja nicht mit einem Programm des Ausstiegs gewählt worden, sondern mit der Perspektive einer sukzessiven Verminderung des Stroms aus Reaktoren.

Bestätigt hat Macron das Ende der Kohle in der Stromproduktion und den Wunsch, generell den Verbrauch fossi-

ler Energien zu reduzieren. Parallel dazu sollen andere, eher als nachhaltig und erneuerbar erachtete, Energiequellen gefördert werden.

Die «Gilets jaunes», die seit mehr als zehn Tagen in ihren fluoreszierenden Warmwesten mit Strassensperren und Demonstrationen überall in Frankreich gegen die vorgesehene Erhöhung der Öko-Steuern auf Treibstoffe per 1. Januar protestieren, hatten sich weitere Entgegenkommen erhofft. Gestern reagierten viele «Gelbwesten» mit frustriertem Zorn. Macron hat ihnen nur Gespräche mit seinem Umweltminister angeboten sowie einen nicht näher definierten Mechanismus zum Ausgleich der Treibstoffzölle, die heute jedes Mal mit den Rohölpreisen steigen.

Dass der Staatspräsident seine skizzierte Politik der Energiewende als «écologie populaire», das heisst volksnah, verkaufen möchte, provozierte bei den «Gelbwesten» sarkastische Bemerkungen. Sie wollen nun am Samstag erst recht wieder auf den Champs-Élysées demonstrieren.

«Macron schafft nicht gänzlich Klarheit mit seinen Aussagen»

Regionale Politiker zweifeln am Entscheid des Präsidenten

Von Martin Regenass

Basel. In der Region Basel ist das Misstrauen gegenüber den Aussagen von Emmanuel Macron gross. Zwar sagte der französische Präsident gestern, dass die Betreiberin Electricité de France (EDF) das Atomkraftwerk Fessenheim 2020 vom Netz nehme. Da Aussagen zur Abschaltung in den letzten Jahren immer wieder die Runde machten, nicht aber eingehalten wurden, äussern Politiker ihre Zweifel an dem Entscheid.

Der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP) spricht von einer «Restvorsicht», die geboten sei. «Macron schafft nicht gänzlich Klarheit mit seinen Aussagen, und die Basler Regierung weiss auch nicht mehr, als gestern in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Wir haben uns schon verschiedentlich auf einen Schliessungsentscheid gefreut, sind dann allerdings eines Besseren belehrt worden.» Positiv stimmt Engelberger hingegen, dass es nun Macron als Präsident persönlich sei, der die Schliessung bekannt gegeben habe. «Er verknüpft seine Autorität mit dem Entscheid, dass Frankreich den Anteil an Atomstrom auf dem Netz bis 2035 auf 50 Prozent reduzieren wolle und dieser Prozess mit dem Abschalten des AKW Fessenheim beginnt.» Das sei schon eine «verbindliche Aussage».

Engelberger spricht bei den Zehnjahresrevisionen der beiden Fessenheim-Reaktoren, die beim einen im Jahr 2020 und beim anderen im Jahr 2022 fällig wären, von einem wahrscheinlich zu teuren Unterfangen für die EDF. Zudem sei positiv zu werten, dass die Schliessung von Fessenheim nicht mehr an den Start des sich im Bau befindenden dritten Reaktors des Kernkraftwerks Flamanville in der Normandie gebunden sei. «Für uns wären das gute Nachrichten, wenn es dabei bleibt», sagt Engelberger.

Auch alt Nationalrat Rudolf Rechsteiner (SP) ist den Aussagen Macrons gegenüber skeptisch eingestellt. «Macron kann Kernkraftwerke nur schliessen, wenn er Sicherheitsprobleme geltend macht oder wenn die EDF einen Schliessungsantrag von sich aus stellt. Ein solcher wurde bisher aber nie gestellt», sagt Rechsteiner. Dieser müsste nach Gesetz zwei Jahre vor der Schliessung eingereicht sein, also jetzt. Rechsteiner, der auch Vizepräsident des Nationalen Atomschutzverbandes ist, hat mit dieser Organisation im Oktober 2018 in Paris mehrere neue Verfahren

gegen das AKW Fessenheim angestrengt. «Sie zielen gegen die mangelhafte Notkühlung. Wir haben auch eine Strafklage beschlossen.» Allerdings sieht Rechsteiner die Chancen dafür nicht allzu gross.

2020 ist später als erhofft

Kritische Töne äussert auch der Baselbieter FDP-Landrat Christoph Buser. «Ob Fessenheim tatsächlich vom Netz genommen wird oder nicht, das werden wir noch sehen. Bislang kam es diesbezüglich ja immer mal wieder zu Verzögerungen.» Aus Sicherheitsgründen wäre es für die Region Basel aber begrüssenswert, wenn Fessenheim tatsächlich abgeschaltet würde.

Etwas mehr Kredit gibt Bärbel Schäfer, Regierungspräsidentin des baden-württembergischen Regierungsbezirks Freiburg, den Aussagen Macrons. «Zunächst freue ich mich, dass der französische Staatspräsident nun selbst für Klarheit sorgt und einen genauen Zeitpunkt für die Abschaltung beider Blöcke von Fessenheim benennt.» Allerdings sei 2020 ein gutes Stück später, als es Schäfer erhofft habe und es auch für notwendig halte. «Wichtig ist für mich, dass diese Aussage verlässlich und verbindlich sein muss, weil es schon sehr unterschiedliche Daten gegeben hat.»

ANZEIGE



bethesda
SPITAL

Zentrum Rheuma Rücken Schmerz

Wirbelsäulenchirurgie

Tel. 061 315 22 00 · www.bethesda-spital.ch